Stellungnahme von Klaus-J. Rathjens

Sehr geehrte Damen und Herren,

als erstes möchte ich meine Anerkennung darüber ausdrücken, dass Sie mit Ihrem Günbuch - man könnte es auch "Brandbrief" nennen - auf Entwicklungen reagieren, die die Lebensumstände der hiesigen Musiker seit einigen Jahren schleichend, aber unaufhaltsam verschlechtern.
Als freiberuflicher Musiker sitze ich weder in den Entscheidungsgremien noch im Zuschauerraum und möchte daher lediglich vier Punkte hervorheben, die in meinem unmittelbaren Berufsumfeld eine Rolle spielen.

1. Theater/Opernhäuser
Die Daumenschrauben der ständig verkürzten oder eingefrorenen Etats wirken sich nicht nur auf die fest angestellten Künstler aus. Fast jedes Haus arbeitet mit einem Kreis von freiberuflichen Musikern zusammen, die ihre Fähigkeiten dort einbringen, wo keine hausinternen Kräfte vorhanden sind.
Als Beispiel seien nur klassische Gitarristen genannt, die in Opernproduktionen bei vielen Balkonszenen benötigt werden.
Jedes Haus besitzt infolgedessen einen in der Regel festen Kreis von derartigen, freiberuflichen Mitarbeitern. Deren Gagen waren schon vor dreißig Jahren alles andere als zufriedenstellend. Gegenwärtig aber haben sie im Durchschnitt eindeutig die Schmerzgrenze unterschritten - dabei spreche ich von "normalen" mittelgroßen Bühnen.
(In diesem Kontext möchte ich auf das Pamphlet der DOV zu Mindestgagen verweisen.) Die Benennung dieses Missstandes mag lapidar erscheinen, zeitigt aber immer größere Auswirkungen. Freiberufliche Musiker orientieren sich infolgedessen immer vermehrter von ländlichen Gebieten oder Kleinstädten weg, da ihre Auftragslage dort - auch wegen der o.a. Situation an den Theatern - immer prekärer wird. Die soziologischen Folgen werden immer deutlicher, indem künstlerische Berufsstände außerhalb der urbanen Zentren immer seltener und damit quasi exotischer werden. Angesichts der deutschen Kulturtradition, des deutschen Selbstverständnisses und der wirtschaftlichen Stärke des Landes stellt sich diese Entwicklung als kaum erklärbar dar.

2. Kirchenmusik
Die dort gezahlten Gehälter waren angesichts der komplexen Ausbildung und des überwiegend schweren Berufsinhaltes schon immer viel zu niedrig. Seitdem die Kirche aber begonnen hat, die Stellen auch noch prozentual zu bewerten, d.h. abzuwerten, konstatieren selbst viele Pastoren, dass die Organisten/Kantoren vom angebotenen Gehalt kaum noch vernünftig leben könnten.
In diesem Punkt sieht es also schon sehr bedenklich aus. Bei Aushilfen aber werden die angebotenen Gagen zur Farce.
Ein Organist, der eine Gottesdienstaushilfe macht, kann damit rechnen, dass er mit der Gage sein eventuell anfallendes Taxigeld zu zahlen in der Lage ist. Ich verstehe nicht, dass derartige Umstände noch nicht öffentlich deutlicher angesprochen wurden.
Leider besteht innerhalb der Kirchenmusiker keine funktionierende Interessensgemeinschaft, die ähnlich der DOV agieren könnte, so dass ein "Weiter-So" leider in Aussicht steht.

3. Musikschulen
Die städtischen, bzw. von kommunalen Verbänden getragenen Musikschulen streichen immer mehr Stellen, um sie durch freie Mitarbeiter zu ersetzen. D.h. de facto, dass die Lehrer Steuern und Sozialabgaben von den eingenommenen Gehältern selbst bezahlen müssen. Angesichts dieses Umstandes sind die durchschnittlich gezahlten Gehälter aber bei weitem zu niedrig.
Die von privaten Musikschulen bezahlten Gehälter bewegen sich dagegen in der Regel auf niedrigstem Niveau. Leider wird dabei in vielen dieser Schulen ein Gehaltsdruck auf ausgebildete Musiker und Musiklehrer ausgeübt, indem Autodidakten und bessere Liebhabermusiker angestellt werden, die ihre Tätigkeit für deutlich niedrigere Gehälter auszuüben bereit sind. Um diese Praxis zu verhindern, müsste es dazu kommen, dass Musiklehrer und Musiker zu gesetzlich geschützten

Berufen erklärt werden. Oder es müsste eine Art von Schulordnung erlassen werden, die das Unterrichten ausschließlich ausgebildeten Fachkräften erlaubt.
Erschwerend kommt hinzu, dass es im Rahmen der Umgestaltung der allgemeinbildenden Schulen in Ganztagsschulen zu erheblichen Problemen kommt. Beispiel:
Ein mir bekannter, selbständiger Gitarrenlehrer verzeichnet seit Anfang dieses Umgestaltungsprozesses einen Schülerrückgang von etwa 50%, was sich logischerweise existenzbedrohend auswirkt. Die Schüler haben während der Nachmittage Anwesenheitspflicht in der Schule und sind danach in der Regel nicht mehr bereit oder aufnahmefähig genug, noch einen Instrumentalunterricht zu absolvieren. - Gleichzeitig werden von der Schulbehörde Instrumentallehrer gesucht, die die Kinder während eben dieser Nachmittage in der Schule für einen offerierten Stundenlohn von 10,- € unterrichten!
Anstatt ein flexibles Ganztagsschulmodell zu entwerfen, in dem die Kinder die Schule für Musikschulunterricht oder Teilnahme an Trainings in Sportvereinen durchaus verlassen können, greifen die Schulbehörden grob fahrlässig in Gehaltsstrukturen der Musiklehrer und Musikschulen ein. Geschähe selbiges z.B. im handwerklichen Bereich, könnte man mit sofortigen Reaktionen der Wirtschaftsverbände rechnen, was mit Sicherheit zu politischen Konsequenzen führen würde. Diese Bemerkung ist sicherlich sehr zuspitzend und stellt auch keine logische Analogie dar, aber sie beschreibt, dass das Augenmerk der Politiker nicht auf das kulturelle Tagesgeschäft gerichtet zu sein scheint.

4. Zuwanderung von Musikern aus osteuropäischen Ländern Gerade im freiberuflichen Bereich ist es mittlerweile fast unmöglich, vernünftige Gagen auszuhandeln, da sich osteuropäische Einwanderer für Gagen anbieten, die kein deutscher Musiker akzeptieren könnte, da er damit gerade kostendeckend arbeiten würde. Es ist mir - offen gesagt - ein Rätsel, wie die eingewanderten Musiker damit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Aber es ist nun einmal ein Faktum, dass sich das Gagenniveau seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs im rücksichtslosen Sinkflug befindet.
Auch in vielen privaten Musikschulen findet man nur noch osteuropäische Lehrer. Der Grund dafür dürfte klar sein. Um diese grobe Gehaltsverzerrung zu unterbinden, wäre ein Mindestlohn auch innerhalb des unterrichtenden Bereiches mehr als überfällig und er dürfte sich natürlich nicht auf 8,50 € belaufen.

Fazit: Kann man jungen Menschen noch empfehlen, Musik zu studieren? Angesichts der Gehalts-/Gagenentwicklung sicherlich nicht. Es ist sehr bezeichnend, dass z.B. Kapellmeister oder A-Kirchenmusiker, die über ähnliche Studiumsvolumina wie Mediziner verfügen, für einen Bruchteil der Medizinergehälter arbeiten müssen.
Die Basis der kulturellen Arbeit wird generell im mittleren Bereich geleistet, nicht an der Spitze. So gesehen bilden Theater wie die in Lübeck oder Saarbrücken die Grundlage des deutschen Bühnen-/Musiktheaterwesens und nicht die Deutsche Oper Berlin. Gleiches gilt für alle anderen kulturellen Belange. Wenn ich mir in diesem Kontext aber die Kosten der Hamburger Elbphilharmonie anschaue und dabei bedenke, welche musikalischen Infrastrukturbereiche brach liegen und damit finanziert werden könnten, muss ich Deutschland eine mehr als ungesunde, nein - besser gesagt eine den Kulturtod bringende Entwicklung attestieren. Die Leuchtturm-Politik greift immer mehr um sich, was sich u.a. auch in Zusammenlegungen von kulturellen Einrichtungen auswirkt. In der Folge werden die Berührungsmöglichkeiten der Bevölkerung vor allem im nicht-urbanen Raum mit Kunst/Musik immer eingeschränkter.
Es wäre meiner Meinung nach angesichts dieser fortgeschrittenen Entwicklung durchaus angebracht, über einen deutschlandweiten Streik aller Musiker und Musiklehrer nachzudenken. Politiker und Öffentlichkeit müssen endlich aufgerüttelt werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Klaus-J. Rathjens